

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa



Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa

Konstellationen – Kulturen – Konflikte

Herausgegeben von

Karl Gabriel, Hans-Richard Reuter,
Andreas Kurschat und Stefan Leibold

Mohr Siebeck

Karl Gabriel ist Seniorprofessor am Exzellenzcluster Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne der Universität Münster.

Hans-Richard Reuter ist Seniorprofessor am Exzellenzcluster Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne der Universität Münster.

Andreas Kurschat ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Exzellenzcluster Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne der Universität Münster.

Stefan Leibold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Exzellenzcluster Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne der Universität Münster.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Exzellenzclusters Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster aus Mitteln der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder.

ISBN 978-3-16-151717-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel-Garamond gesetzt, von Gulde-Druck auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die Frage nach den Wertgrundlagen der Sozialpolitik spielt für die Selbstverständigungsprozesse der Europäischen Union eine wichtige Rolle. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind aus komplexen Kooperations-, Konflikt- und Transformationskonstellationen entstanden, bei denen neben dem Staat und anderen säkularen Akteuren nicht zuletzt auch religiöse Glaubensgemeinschaften beteiligt waren. Deren Rolle ist bisher nur anfangsweise aufgearbeitet worden. Dass die normative ‚Tiefengrammatik‘ des modernen Wohlfahrtsstaats in signifikanter, wenn auch hochgradig diffuser Weise durch religiös vermittelte Wertmuster und Initiativen (mit)geprägt worden ist, ist unbestritten. Dennoch sind religiöse und konfessionelle Einflussfaktoren in der Wohlfahrtsstaatsforschung bislang eher am Rande thematisiert worden.

An dem neuerdings verstärkt erkannten Desiderat der Schließung dieser Forschungslücke möchte sich die vorliegende Publikation beteiligen. Mit dem Ziel einer vergleichenden Analyse wird unter dem Titel ‚Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa‘ in Fallstudien zu dreizehn europäischen Ländern nach religiös-konfessionellen Einflussfaktoren auf die sozialstaatliche Entwicklung vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gegenwart gefragt. Wir legen damit den ersten von zwei Sammelbänden vor, die aus dem Projekt ‚Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen‘ am Exzellenzcluster ‚Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne‘ der Universität Münster hervorgegangen sind. An der Antragstellung des Projekts waren die Kollegen Hermann Josef Große Kracht (jetzt Darmstadt) und Torsten Meireis (jetzt Bern) beteiligt. Ein zweiter, methodisch anders angelegter Band mit dem Titel ‚Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland‘ wird in Kürze folgen.

Unser Dank gilt an erster Stelle den Verfasserinnen und Verfassern der Länderstudien für ihre Mitarbeit und die Bereitschaft, ihren Beiträgen das von uns vorgegebene einheitliche Gliederungsschema zu Grunde zu legen. Erste Entwürfe konnten wir bei einer gemeinsamen Konferenz im November 2009 diskutieren; die Manuskripte wurden zwischen 2010 und 2013 abgeschlossen. Zu danken haben wir des Weiteren dem Vorstand des Exzellenzclusters für die großzügige Förderung des Projekts samt einem namhaften Druckkostenzuschuss, Martina Forstmann für die Erledigung anfallender Sekretariats- und Verwaltungsarbeiten, Inga Wiebe für die sorgfältige Bearbeitung der Beiträge und die Herstellung des druckreifen Manuskripts, Lydia Lauxmann für die Erstellung des Personenregisters sowie Henning Ziebritzki für das verlegerische Interesse.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
 <i>Karl Gabriel/Hans-Richard Reuter/Andreas Kurschat/Stefan Leibold</i>	
Einleitung: Wohlfahrtsstaatsforschung, <i>cultural turn</i> und Fragestellung .	1
 <i>Daniela Kalkandjieva</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Bulgarien. Die Bedeutung der Religion im Wandel der politischen Systeme	27
 <i>Niels Kærgård</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Dänemark. Der Wohlfahrtsstaat als Produkt gottesfürchtiger Christen oder mächtiger Politiker?	57
 <i>Karl Gabriel/Hans-Richard Reuter</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. Korporatistischer Sozialversicherungsstaat mit konfessioneller Prägung .	93
 <i>Matthias Koenig/Ilona Ostner</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Frankreich. Historisch-soziologische Annäherung an einen Sonderfall	141
 <i>Maria Petmesidou/Periklis Polyzoidis</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Griechenland. Die Orthodoxie im sozialpolitischen Klientelismus	177
 <i>Ivo Colozzi</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Italien. Der prägende Einfluss der katholischen Kultur	215
 <i>Erik Sengers/Herman Noordegraaf</i>	
Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in den Niederlanden. Weltanschauliche Versäulung im Umbruch	247

Stanislaw Fel

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Polen.

Zwischen Sozialkatholizismus und Marktwirtschaft 279

Kathrin Behrens

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Russland.

Orthodoxe Tradition und sozialistisches Erbe 307

Sven Jochem

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Schweden.

Der Einfluss lutherischen Glaubens jenseits der Staatskirche 339

*Elisa Chuliá / Víctor Pérez-Díaz / Berta Álvarez-Miranda /**Joaquín P. López Novo*

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Spanien.

Katholizismus, soziale Werte und das Wohlfahrtssystem in Spanien 367

Aykut Çelebi / Ece Göztepe-Çelebi

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Türkei.

Die Rolle der Religionsgemeinschaften im normativen

Rahmen des Sozialstaates 401

Malcolm Brown

Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit im Vereinigten Königreich.

Vom Wohlfahrtsstaatskonsens zum Wohlfahrtsmarkt 433

Karl Gabriel / Hans-Richard Reuter / Andreas Kurschat / Stefan Leibold

Auswertung: Konfigurationen, Cluster und religionspolitische Typen

der Wohlfahrtsstaatsentwicklung in Europa 467

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 501

Personenregister 505

Einleitung: Wohlfahrtsstaatsforschung, *cultural turn* und Fragestellung

*Karl Gabriel/Hans-Richard Reuter/
Andreas Kurschat/Stefan Leibold*

1. Entstehung und Entwicklung des Wohlfahrtsstaats: Theoretische Ansätze

Im *mainstream* der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung hat der Faktor Religion lange Zeit kein größeres Interesse gefunden. Die wichtigsten Theoriestränge zur Erklärung der sozialen Staatstätigkeit und der unterschiedlichen Muster der Sozialpolitik stellen andere Bestimmungsfaktoren in den Mittelpunkt (vgl. Schmidt/Ostheim/Siegel/Zollnhofer 2007: 21 ff.):

Als ältestes Erklärungsangebot betrachtet die *Theorie der sozioökonomischen Determination* Sozialpolitik und steigende Sozialleistungsquoten *funktionalistisch* als Reaktion auf soziale, ökonomische und politische Modernisierungsprozesse (Strukturwandel von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, wirtschaftliches Wachstum) und die damit verbundenen Funktionsprobleme (Zunahme der Lebensführungsrisiken, Ansteigen der Arbeitslosen- und Seniorenquote, Überlastung älterer familiärer und lokaler Sicherungsnetze). Die dadurch entstehenden neuen Bedarfslagen – so der funktionalistische Grundgedanke – erfordern neue Problemlösungen auf (zentral-)staatlicher Ebene, deren Realisierung in der Regel von den verfügbaren finanziellen Ressourcen abhängt. Zu den Klassikern des sozioökonomischen Ansatzes zählen Theorien der kapitalistischen Industriegesellschaft marxistischer ebenso wie nichtmarxistischer Herkunft. Der ‚Kathedersozialist‘ Adolph Wagner z.B. formulierte bereits Ende des 19. Jahrhunderts das Gesetz der steigenden Staatsausgaben (Wagner 1893, 1911). Er beobachtete eine absolute und relative Ausdehnung der Staatsaktivitäten auf den Gebieten der Rechtsordnung und der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durch eine komplexer werdende Gesellschaft, die Ausbreitung der Konkurrenzwirtschaft und den Fortschritt der Produktionstechniken hervorgerufen wird. Auch nach der vergleichenden Studie Harold Wilenskys (Wilensky 1975) ist für die Höhe der Sozialleistungsquote der ökonomische Entwicklungsstand entscheidend, der demographische Faktor und das Alter der sozialen Sicherungssysteme treten

als intervenierende Variablen hinzu. Problematisch erscheint dieser Ansatz, wenn deterministische Ursache-Wirkungs-Mechanismen unterstellt werden und die relative Autonomie der Politik gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft unterbestimmt bleibt.

Die *Machtressourcentheorie* erklärt die Entstehung und Struktur unterschiedlicher Typen von Wohlfahrtsstaaten *konflikttheoretisch* aus den Kräfteverhältnissen zwischen organisierten sozialen, ökonomischen oder politischen Interessengruppen, insbesondere dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Im Zentrum der Analysen steht die Machtverteilung zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen bzw. Klassen, ihre Organisationskraft und Konfliktfähigkeit (Olson 1985; Korpi 1983). Eine Spielart dieses Zugangs stellt die Parteidifferenzlehre dar, die in verschiedenen Varianten die Abhängigkeit der sozialen Staatstätigkeit von der parteipolitischen Machtverteilung in Legislative und Exekutive ins Zentrum des Interesses rückt (Hibbs 1977; Hicks/Swank 1993). Auf der Grundlage der Machtressourcentheorie hat Gösta Esping-Andersen eine breit rezipierte Typologie von Wohlfahrtsstaaten entwickelt, die sich vor allem dem Grad der Dekommodifizierung (d.h. der Befreiung aus der Abhängigkeit vom Markt durch Zuweisung sozialer Rechte), an der Art der Stratifizierung (d.h. der durch die sozialen Sicherungssysteme bewirkten Strukturierung von Lebenslagen) und der jeweiligen Bedeutung von Staat und Markt für die Wohlfahrtsproduktion unterscheiden lassen (Esping-Andersen 1990). Daraus resultieren nach Esping-Andersen drei Regimetypen: erstens konservative Regime, die statuserhaltende soziale Sicherung mit berufsgruppenspezifischer Fragmentierung und familialistischer Ausrichtung präferieren (z.B. Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien); zweitens liberale Regime mit an Bedürftigkeitskriterien gebundenen Sozialleistungen und hohem Anteil privat finanzierter sozialer Sicherung (v.a. die angelsächsischen Staaten); und drittens sozialdemokratische Regime, die sich durch universalistische, relativ egalitäre Sicherungssysteme auszeichnen (v.a. die skandinavischen Staaten und die Niederlande). Diese Typologie ist für die skandinavisch-sozialdemokratischen und die angelsächsisch-liberalen Regime erhellend, weist jedoch beim mitteleuropäisch-konservativen Regimetypus erhebliche Unschärfen und Zuordnungsprobleme auf. Außerdem bezieht sie die meisten südeuropäischen und die osteuropäischen Staaten nicht in die Typologie ein.

Zu den heute verbreitetsten Ansätzen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung gehören *institutionalistische Theorien*. Für die *politisch-institutionalistischen* Ansätze interessieren die institutionellen Barrieren, die den Handlungsspielraum einer Regierung einschränken. Hierzu gehören die Vorgaben der Verfassung, Regeln des politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozesses (*constitutional structures*) sowie das organisatorische Arrangement, die Stärke und die Zahl von ‚Vetospielern‘ (Huber/Stephens 2001; Tsebelis 2002; Obinger/Leibfried/Castles 2005). Mit Vetospielern sind individuelle oder (v.a.)

kollektive Akteure gemeint, ohne deren Zustimmung kein Politikwechsel möglich ist wie z.B. eine zweite parlamentarische Kammer, eine unabhängige Zentralbank oder Verfassungsgerichtsbarkeit, Verbände wie Arbeitgeber und Gewerkschaften, aber auch Parteien. Insbesondere für die Phase des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates gelte: Je höher die Zahl der Vetospieler, desto geringer sei die Wahrscheinlichkeit für ein größeres sozialpolitisches Engagement des Staates – und umgekehrt. – *Historisch-institutionalistisch* ist die Theorie des Politik-Erbes angelegt. Sie deutet Sozialstaatstätigkeit in erster Linie als Resultat der langfristig anhaltenden Wirkung historisch früher eingegangener Verpflichtungen oder politischer Weichenstellungen. Der Grundsatz „To govern is to inherit“ (Rose/Davies 1994: 2) gelte in besonderem Maße für die dadurch verursachte Beschränkung der Handlungsspielräume im Feld der Sozialpolitik. Denn Sozialleistungen berühren die langfristige Lebensplanung von Individuen und Familien, so dass sich einschneidende Abbaumaßnahmen für keine Regierung auszahlen. Mit fortschreitender Dauer des einmal gewählten Weges wachse dessen relativer Nutzen im Vergleich zu den denkbaren Alternativen, so dass nur kleine, inkrementalistische Veränderungen durchsetzbar sind. Dies konnte z.B. für die amerikanische Sozialpolitik unter Reagan und die britische unter Thatcher gezeigt werden (Pierson 2000), aber ebenso für die Kontinuitäten des deutschen Sozialversicherungssystems seit Bismarck (Conrad 1998). Die Hypothese der Pfadabhängigkeit ist geeignet, die Beibehaltung einmal eingeschlagener Problemlösungen auch dort zu erklären, wo politische Machtwechsel oder die geringe Zahl von Vetospielern eigentlich ein hohes sozialpolitisches Änderungspotential erwarten lassen.

Stellen die bisher genannten Theorien ausschließlich auf interne Determinanten ab, so sieht die *Internationale Hypothese* die Sozialstaatstätigkeit zunehmend von externen, inter- und transnationalen Einflüssen bestimmt, die die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Politik erheblich einschränken und die politische Steuerung auf transnationale Ebenen (besonders der EU) verlagern. Die Richtungen, in der die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die nationalstaatliche Sozialpolitik aufeinander einwirken, werden allerdings kontrovers interpretiert. Für die meisten Autoren gilt eine ausgebaute Sozialpolitik als Hemmschuh des Wirtschaftswachstums und der Wohlfahrtsstaat als Opfer der Globalisierung, weil die internationale Standortkonkurrenz Absenkungen des Leistungsniveaus erzwingt (Scharpf/Schmidt 2000). Die Gegenposition behauptet eine in Folge der wachsenden Weltmarktintegration notwendige sozialpolitische Kompensation: In einer vergleichenden Analyse der USA und Deutschlands entwickeln Elmar Rieger und Stephan Leibfried die These, dass gerade umgekehrt die Transformation der Industriegesellschaften zu Wohlfahrtsstaaten die Voraussetzung für eine erweiterte Weltmarktintegration darstelle (Rieger/Leibfried 1997). Der Ausgangspunkt moderner Sozialpolitik sei zwar die binnengesellschaftliche ‚soziale Frage‘, doch gehöre es

zu ihren nichtintendierten Fernwirkungen, den Boden für die Senkung von Importschranken zu bereiten und Freihandel zu ermöglichen.

Die genannten Theorieansätze widersprechen sich nicht grundsätzlich, sondern betonen unterschiedliche, einander ergänzende Aspekte der Wohlfahrtsstaatsentwicklung (Kaufmann 2003b: 29). Obwohl sie durchaus Anschlussmöglichkeiten für die Einbeziehung religiöser Akteure, Institutionen oder Traditionen bieten, wurde der Einfluss kultureller Faktoren sowie von Spaltungslinien, die quer zu Interessen- und klassenbezogenen Formationen stehen, in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung lange Zeit ausgeklammert oder nur am Rande erwähnt (vgl. den Überblick bei Leibfried/Mau 2008). In der Wohlfahrtsstaatsforschung herrscht die Orientierung an den institutionellen Ergebnissen staatlicher Sozialpolitik vor, so dass die Bedeutung soziokulturell vermittelter Motivlagen und darunter auch religiöser Prägungen für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats in diesem Rahmen ausgeblendet bleibt. Unter den Gründen für die Vernachlässigung religiöser Faktoren dürfte ferner die Dominanz der modernisierungstheoretisch geprägten Säkularisierungstheorie eine wichtige Rolle gespielt haben. In der sozialwissenschaftlichen Religionsforschung wie in der Wohlfahrtsstaatsforschung war lange Zeit die Vorstellung prägend, der religiöse Faktor spiele für die moderne Gesellschaftsentwicklung keine Rolle mehr. Sowohl der Rückgang der Religion in Ländern mit ausgebautem Wohlfahrtsstaat – wie auch umgekehrt die Korrelation zwischen religiösen *revivals* mit der Erosion staatlich garantierter sozialer Sicherheit – können dann als Bestätigung dieser These gelesen werden. Stephan Leibfried und Steffen Mau z.B. erwähnen Religion im Zusammenhang des Aufschwungs fundamentalistischer religiöser Bewegungen im globalen Rahmen als Äquivalent für sozialstaatliche Sicherungen. Sie kommen zu dem Schluss: „Though we cannot presently provide any good synthesis of this line of thought in our readings, we find the connection between religious and social-policy developments intriguing; it warrants further research not just with the origins of the welfare state in focus“ (Leibfried/Mau 2008: 26).

In anderer Weise kommt der religiöse Faktor neuerdings dann ins Spiel, wenn mit der globalen Perspektive die Sensibilität für kulturelle Differenzen einhergeht. So haben Elmar Rieger und Stephan Leibfried im Rahmen neuerer Untersuchungen zur wechselseitigen Abhängigkeit von Globalisierung und Sozialpolitik Anlass gesehen, in der Weberschen Perspektive einer verstehenden Soziologie nach dem subjektiv gemeinten Sinn von Sozialpolitik zu fragen (Rieger/Leibfried 2004). In der Kontrastierung der Sozialpolitik westlicher Demokratien mit derjenigen Ostasiens zeige sich, dass konfuzianische Werte eine Autonomisierung der Sozialpolitik gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft verhindert haben und dass das wohlfahrtsstaatliche Modell des Westens im Kern von christlichen Vorstellungen geprägt ist. Offenbar könne die für den Westen charakteristische Dynamik der Wohlfahrtsentwicklung nicht freigesetzt wer-

den, wenn das Motiv universeller Brüderlichkeit ausdrücklich verpönt ist. Die Rationalisierung sozialer Hilfe durch Verrechtlichung sozialer Ansprüche sei nur dort möglich gewesen, wo (wie im Okzident) dem Individuum ein transzendenzgestützter Vorrang vor der Gemeinschaft eingeräumt wird. Rieger und Leibfried schließen daraus, dass (zwar nicht die institutionelle Ausformung im Einzelnen, wohl aber) der „Möglichkeitsraum“ einer Sozialpolitik durch das motivierende Vokabular religiöser Vorstellungen definiert wird.

2. Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit: Aktueller Forschungsstand

Nach einem Auftakt in Form von Pionierarbeiten aus den 1980er Jahren ist in den letzten zwei Jahrzehnten ein *cultural turn* zu verzeichnen, der den Faktor ‚Religion‘ in der europäischen Wohlfahrtsstaatsentwicklung explizit und genauer in den Blick nimmt. Der folgende Überblick über den aktuellen Forschungsstand beschränkt sich auf solche Arbeiten, die der religiösen Prägung einen nicht nur beiläufigen, sondern zentralen Stellenwert für die Formierung unterschiedlicher Wohlfahrtsregime zusprechen.

2.1. Die Pioniere: Arnold Heidenheimer und Franz-Xaver Kaufmann

Innerhalb der neueren Wohlfahrtsstaatsforschung hat als erster Arnold Heidenheimer die Aufmerksamkeit auf die religiösen Traditionen des Christentums als wichtige Faktoren der Wohlfahrtsstaatsentwicklung gelenkt. In einem viel beachteten Aufsatz aus dem Jahr 1983 ging er der Frage nach, ob nicht der Zeitpunkt der Einführung des Wohlfahrtsstaats, die Geschwindigkeit seiner Entwicklung und die Art seiner Ausprägung in den westlichen Ländern mit den jeweiligen religiösen Traditionen variiert (Heidenheimer 1983). Er stellte seine Überlegungen in den Horizont der religionssoziologischen Positionen von Max Weber und Ernst Troeltsch. Heidenheimer kleidete seine These in einen fiktiven Dialog zwischen Weber und Troeltsch. Diese hatten 1904 eine Amerikareise unternommen und auch die Weltausstellung in St. Louis besucht. Hierher verlegte Heidenheimer eine fiktive Debatte zwischen Weber und Troeltsch, in der er die beiden diskutieren lässt, ob nicht die weltweit erste Einrichtung eines staatlich regulierten sozialen Sicherungssystems in Deutschland und seine frühe Nachahmung in den skandinavischen Ländern etwas mit der dominierenden Prägung dieser Länder durch das lutherische Staatskirchentum zu tun habe. Umgekehrt sei es auffällig, dass – so Heidenheimer – in den Ländern, in denen der Calvinismus und freikirchliche Strömungen Dominanz besitzen, eine sozialstaatliche Verantwortung sich nur in Ansätzen – wie in den USA – oder lediglich

verspätet und gebremst – so in England und den Niederlanden – durchgesetzt habe. Heidenheimers These lautete, dass ein Einfluss des Christentums auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung anzunehmen sei, dieser aber je nach konfessionellem Hintergrund eine unterschiedliche Ausprägung aufweise.

In der deutschen Wohlfahrtsstaatsforschung hat Franz-Xaver Kaufmann schon Ende der 1980er Jahre die Überlegungen Heidenheimers aufgegriffen und seitdem das Verhältnis von Religion bzw. Christentum und Wohlfahrtsstaat immer wieder zum Thema gemacht (Kaufmann 1988, 1989, 1991a, 2002, 2003a). Kaufmann charakterisiert den Wohlfahrtsstaat als „eine bestimmte Form gesellschaftlicher Organisation, die gekennzeichnet ist durch die Verbindung von demokratischer Staatsform und privatkapitalistischer Wirtschaft mit einem ausgebauten, zentralstaatlich regulierten Sozialsektor, auf dessen Leistungen ein staatlich verbürgter Anspruch nach rechtlich definierten Bedarfskriterien für jedermann besteht“ (Kaufmann 1989: 94).

Kaufmann geht dem Einfluss der christlichen Religion auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung auf drei unterschiedlichen Ebenen nach. Auf der Ebene ideeller Faktoren stellt Kaufmann die Wirkung des Christentums auf den Wohlfahrtsstaat in den Zusammenhang des westlichen Sonderwegs einer funktionalen gesellschaftlichen Differenzierung, ausgelöst durch die unentschieden gebliebenen Kämpfe zwischen Papst und Kaiser im Investiturstreit. Ging es Gregor VII. ausschließlich um die *libertas ecclesiae*, so seien es im weiteren Verlauf gerade die von der hierarchischen Kirche abweichenden religiösen Bewegungen im Christentum gewesen, die auf unveräußerliche Rechte des Individuums insistiert hätten. Die christliche Idee der Gottebenbildlichkeit und Erlöstheit aller Menschen habe die ideellen Grundlagen für den Prozess zunehmender Inklusion aller Menschen in die sich ausdifferenzierende Gesellschaft bereit gestellt, die für Kaufmann im Zentrum der wohlfahrtsstaatlichen Programmatik steht (Kaufmann 1989: 100).

Auf einer zweiten Ebene sieht Kaufmann die Legitimation der Staatsintervention als zentrales Problem der wohlfahrtsstaatlichen gesellschaftlichen Organisation an. Liberalismus und Sozialismus als die dominierenden, sich feindlich und kompromisslos gegenüberstehenden gesellschaftlichen Kräfte des 19. Jahrhunderts hätten beide keinen Zugang zur Legitimation der Staatsintervention gefunden. Historisch erfolgreich seien deshalb weniger die Gesellschaftskonzepte des Liberalismus und Sozialismus geworden, sondern der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss mit einer nachhaltigen Staatsintervention. Es sei vornehmlich ein Verdienst des Christentums und christlicher politischer Akteure, dass die europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts an den Gegensätzen von Liberalismus und Sozialismus nicht zerbrochen seien, sondern sich die wohlfahrtsstaatliche Organisationsform als historischer Kompromiss und Integrationsform durchgesetzt habe (Kaufmann 1989: 103). Den christlichen Akteuren spricht Kaufmann dabei weniger eine kausale als vielmehr eine

katalysatorische Funktion und Wirkung für Entstehung und Entwicklung des Wohlfahrtsstaats zu.

Auf einer dritten Ebene nimmt Kaufmann am Beispiel Deutschlands den unterschiedlichen Einfluss des Protestantismus und Katholizismus auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung in den Blick, wobei sein Interesse insbesondere dem Katholizismus gilt. Für den Protestantismus verweist er auf „die Spannung zwischen dem etablierten Staatskirchentum und der pietistischen Erweckungsbewegung im 19. Jahrhundert“ (Kaufmann 1989: 106). So seien die meisten profilierten Sozialreformer unter den Akteuren im preußischen Staatsapparat vom Pietismus beeinflusst gewesen. Über die personenbezogene Betrachtungsweise hinaus hält Kaufmann aber „die grundsätzliche Identifikation des preußischen Staates mit dem überwiegend lutherisch geprägten Staatskirchentum“ für den entscheidenden Faktor (Kaufmann 1989: 107). Bismarck selbst sei ein Anhänger der konservativen Staatsphilosophie Friedrich Julius Stahls gewesen. Auf deren Hintergrund habe Bismarck die Sozialgesetzgebung als Ausdruck eines von der christlichen Staatsidee geprägten „Staatssozialismus“ betrachtet.

Im Unterschied zum Protestantismus habe sich im Katholizismus eine katholisch-soziale Bewegung mit dem Zentrum als politisch handlungsfähiger Partei ausgebildet, die in den eigenen Reihen den Klassengegensatz überbrückte. Habe man im Katholizismus zunächst auf altständische Korporationen und kirchliche Caritas zur Überwindung der Sozialen Frage gesetzt, so seien es Sozialreformer wie Bischof von Ketteler, Franz Hitze und Peter Reichensperger gewesen, die schließlich eine Wende hin zur Sozialpolitik vollzogen hätten. Kaufmann weist darauf hin, dass es in der katholisch-sozialen Bewegung von Anfang an Differenzen über das Ausmaß der Staatsintervention gab. So habe eine Mehrheit der Zentrumsabgeordneten den von Bismarck geplanten Staatszuschuss zur Arbeiter-Renten-Versicherung als ‚Staatssozialismus‘ abgelehnt.

Trotzdem wurde „das Zentrum zu derjenigen Fraktion des Reichstags, die mit dem größten Nachdruck die Politik des Arbeitsschutzes und der politisch-sozialen Gleichberechtigung der Arbeiter im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung verfolgte“ (Kaufmann 1989: 112). Auf dem Feld des Arbeitsschutzes und der Gewährleistung betrieblicher Rechte der Arbeiter sieht Kaufmann die größten Differenzen zwischen der Sozialpolitik des Zentrums und Bismarcks Arbeiterpolitik, die den Charakter einer paternalistischen Armenpolitik behalten habe. Mit Blick auf die gegenwärtige Gestalt des deutschen Wohlfahrtsstaats stellt Kaufmann fest, dass er am deutlichsten den sozialpolitischen Vorstellungen der Akteure des Zentrums entspricht. Dies lasse sich einmal an seiner antiliberalen Ausrichtung belegen, die in der hervorgehobenen sozialpolitischen Bedeutung des zentralstaatlichen Gesetzgebers und im Ausmaß der Intervention in den Wirtschaftsablauf zum Ausdruck komme. Eine vom Sozialkatholizismus geprägte korporatistische und antisozialistische Ausrichtung weise der deutsche Wohlfahrtsstaat insbesondere dort auf, wo er an

der Tarifautonomie der Wirtschaftsakteure und der partnerschaftlichen Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen festhalte. Schließlich kennzeichne den deutschen Wohlfahrtsstaat das „Prinzip der Pluralität und relativen Autonomie von Trägern der Sozialpolitik“ und „das Zutrauen auf eine dezentrale Problemlösungsfähigkeit“ (Kaufmann 1989: 114). Mit dem in der Hauptsache von der katholischen Soziallehre in den deutschen Wohlfahrtsstaat eingebrachten Subsidiaritätsprinzip sei eine auf den Sozialkatholizismus zurückgehende antietatistische Komponente verwirklicht.

Kaufmann sprach schon von „Wohlfahrtskultur“ (Kaufmann 1991b) und religiösen Einflüssen auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung, als Religion in der sozialwissenschaftlichen Forschung noch als eine vernachlässigbare Größe galt. Sein mehrdimensionaler Zugang zu religiösen Einflüssen auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung besitzt bis heute eine große Aktualität. Allerdings bezieht er seine Überlegungen noch nicht in systematischer Weise auf den Vergleich der Wohlfahrtsstaatsentwicklung in Europa. Die Differenz zwischen lutherischen und von Calvin geprägten Traditionen im Protestantismus spielt bei ihm noch keine Rolle. Er stellt auch keine systematischen Bezüge des religiösen Faktors zu einer Typologie europäischer Wohlfahrtsstaaten her. Die Rolle der Orthodoxie für die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa bleibt außerhalb des Horizonts der Überlegungen Kaufmanns.

2.2. *Der social capitalism als spezifisch katholisches Wohlfahrtsstaatsregime:* Kees van Kersbergen

In seinem 1995 erschienenen Werk ‚*Social capitalism*‘ (Kersbergen 1995) hat der niederländische Politikwissenschaftler Kees van Kersbergen eine elaborierte historisch und systematisch ansetzende Studie über den Einfluss christdemokratischer Politik auf die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa vorgelegt. Er identifiziert trotz historischer Unterschiede einen eigenen Typ christdemokratischer Wohlfahrtsstaatsarrangements im Unterschied zu sozialdemokratischen oder liberalen und versieht diesen mit der Bezeichnung *social capitalism*. Die verschiedenen christdemokratischen Regime seien durch einen gemeinsamen ideologischen Kern gekennzeichnet, den Kersbergen in verschiedenen nationalen Kontexten untersucht. Dabei will er zeigen, dass die unterschiedlichen sozialpolitischen Umsetzungen dieses gemeinsamen Kerns in verschiedenen Ländern sowohl von vorherrschenden Machtverhältnissen als auch von verschiedenen Koalitionsstrategien und vom politischen Geschick christdemokratischer Parteien geprägt waren.

Dem *social capitalism* komme man dabei nicht auf die Spur, wenn man nur die ‚große Tradition‘ der päpstlichen Enzykliken untersuche; vielmehr sei der *social capitalism* ein Werk der ‚kleinen Tradition‘ politisch handelnder Chris-

ten in Zentraleuropa. Katholische Parteien formierten sich in Westeuropa zwischen 1870 und 1914. Die politische Mobilisierung der Katholiken lasse sich, so Kersbergen, als Antwort auf die Bedrohungen durch Liberalismus und Sozialismus verstehen – aber auch als Projekt, zentrale Inhalte dieser Weltanschauungen zu kombinieren. Die katholischen Parteien in Europa hätten zunächst den ‚geschlossenen Katholizismus‘ repräsentiert. Bis zum Zweiten Weltkrieg jedoch entwickelten sich die christdemokratischen Parteien laut Kersbergen von konfessionellen Bewegungen, die ihre Basis in Mittel- und Oberschicht besaßen und wenig Interesse für Sozialpolitik aufbrachten, zu klassen- und konfessionsübergreifenden Volksparteien mit einem ausgewiesenen Interesse an sozialen Fragestellungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätten christdemokratische Parteien erheblichen Einfluss gewonnen und seien an vielen Regierungen beteiligt gewesen.

Als zentrale ideologische Elemente des sozialen Kapitalismus benennt Kersbergen:

- den *Ausgleich von Interessen* als Mittel und Ziel: „conflicts of interests can and must be reconciled politically in order to restore the natural and organic harmony of society“ (Kersbergen 1995: 2);
- ein *subsidiäres Staatsverständnis*: die Aufgabe des Staates, die kleineren Einheiten in den Stand zu setzen, unabhängig von politischen Entscheidungen für sich selbst zu sorgen;
- die Auffassung vom *Menschen als sozialem Wesen*: Männer und Frauen könnten als Individuen ihre Potentiale nur durch Kooperation verwirklichen;
- die *prinzipielle Akzeptanz von Kapitalismus und Privateigentum*: Kapitalismus werde definiert als eine organische Arbeitsteilung, bei der die sozialen Gruppen und Klassen ihre je eigenen und unverzichtbaren Aufgaben und Funktionen besäßen. Die Zusammenarbeit der Klassen sei daher notwendig und natürlich. Der Mensch habe ein Recht auf Eigentum als Frucht seiner Arbeit. Wenn die Notwendigkeit es aber erfordere, könne vom Staat in die Verfügung über das Privateigentum eingegriffen werden;
- das *Verständnis von sozialer Gerechtigkeit*: Jede Gruppe und Klasse solle das erhalten, was ihr zustehe. Der einzelne Arbeiter habe daher Anrecht auf einen gerechten Lohn, der es ihm erlaube, sich und seine Familie zu ernähren, darüber hinaus aber auch, etwas Geld zu sparen;
- schließlich die *Auffassung von der Familie*: Sie stehe als Kern der Gesellschaft im Zentrum der sozialpolitischen Bemühungen des sozialen Kapitalismus.
- Allerdings seien darin die *Rollen von Männern und Frauen* festgeschrieben: Während der Mann Ernährer der Familie sei, seien Frauen in erster Linie für die Fürsorge- und ehrenamtliche Arbeit zuständig.

Zunächst seien vom sozialen Katholizismus religiöses Versagen und moralische Dekadenz als Ursachen von Not und Elend angesehen worden. Daher habe die Kirche bzw. hätten die religiös motivierten Akteure ihre Aufgabe darin gesehen, das Elend durch Barmherzigkeit und pastorale Fürsorge zu lindern. Entscheidend für den sozialen Kapitalismus sei aber die Entwicklung von Barmherzigkeit und Nächstenliebe zur Akzeptanz staatlicher Sozialpolitik gewesen, die die ‚kleine Tradition‘ des Katholizismus vollzogen habe. Als Ursache der Misere sei jetzt der Kapitalismus angesehen worden. „It was capitalism that created social misery. Misery, in turn, generated moral decadence and apostasy. Using the state as a mechanism of subsidy would enhance the capacity of families to regenerate“ (Kersbergen 1995: 187). Dann würden, so die Hoffnung, auch die Armen wieder in den „Schoß der Mutter Kirche“ zurückkehren.

Der katholische Weg zum Wohlfahrtsstaat, so Kersbergen, sei zum einen möglich geworden, weil Barmherzigkeit als soziale (Verteilungs-)Gerechtigkeit reformuliert worden sei, und zum anderen durch „katholische Politik“, was er an den Beispielen Deutschland, der Niederlande und Italien überzeugend aufzeigen kann.

Wie sein akademischer Lehrer Gøsta Esping-Andersen ist Kees van Kersbergen ein Vertreter der Machtressourcentheorie, die an der Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen und Klassen und an den Kräfteverhältnissen zwischen ihnen ansetzt, nimmt aber mit dem Sozialkatholizismus einen Akteur in den Blick, der bei Esping-Andersen gar nicht vorkommt. Damit zeigt er die Relevanz religiöser Faktoren für das Verständnis der Wohlfahrtsstaaten auf. Da er sich aber ausschließlich auf den Sozialkatholizismus konzentriert, bleiben dessen Beziehungen zu und die Wechselwirkungen mit anderen Konfessionen unterbelichtet.

2.3. Der Einfluss des Protestantismus auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung: Philip Manow

Der Politikwissenschaftler Philip Manow hat sich in den letzten Jahren verstärkt mit dem Themenfeld Religion und Wohlfahrtsstaat beschäftigt (u.a. Manow 2002, 2005, 2008a). Besonders fruchtbar für den hier untersuchten Zusammenhang sind die Arbeiten ‚*The good, the bad and the ugly*‘ (2002, unter dem Titel ‚Eine konfessionelle Landkarte europäischer Sozialstaatsmodelle‘ 2008 wiederveröffentlicht; im Folgenden zitiert als Manow 2008b) und ‚Plurale Wohlfahrtswelten‘ (Manow 2005). Dort beschäftigt sich Manow intensiver mit dem Einfluss des Protestantismus auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung, insbesondere mit dem des reformierten.

In ‚Eine konfessionelle Landkarte europäischer Sozialstaatsmodelle‘ (Manow 2008b) fasst Manow zunächst Kritikpunkte an Esping-Andersens Typologie

der Wohlfahrtsstaaten zusammen, insbesondere die im Gegensatz zu den beiden anderen Typen (liberal-angelsächsisch und sozialdemokratisch-skandinavisch) enorme Variationsbreite zwischen den Ländern des dritten, des konservativ-kontinentaleuropäischen Typs (bspw. Deutschland und Portugal), die fehlende geographische Kohärenz und die defizitäre Behandlung des katholischen und ganz fehlende Berücksichtigung des protestantischen Einflusses. Gerade die Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Katholizismus und Protestantismus und die Unterscheidung verschiedener protestantischer Konfessionen können, so Manow, die Defizite in Esping-Andersens Modell beheben. Seine zentrale These lautet in beiden Artikeln, „dass sich die wichtige Variation im Vergleich zwischen dem angelsächsisch-liberalen und dem kontinentalen Modell zu einem guten Teil aus der Variation der protestantischen Glaubensrichtungen erklärt, während sich die wichtigen Unterschiede zwischen dem südlichen, dem kontinentalen und dem nördlichen Modell des ‚sozialen Kapitalismus‘ aus der unterschiedlichen Bedeutung von (lutherisch) protestantischer und katholischer Soziallehre erklären“ (Manow 2005: 209 f.). Der Protestantismus habe – anders als in der Literatur oft dargestellt – einen eigenständigen und bedeutenden Beitrag zur Wohlfahrtsstaatsentwicklung geleistet, auch wenn dieser im Falle des reformierten negativ gewesen sei: „Negativ in dem Sinne, dass vor allem die freikirchlichen Sekten und Strömungen des Protestantismus unter Betonung von gemeinschaftlicher Selbsthilfe, strikter Trennung von Staat und Kirche, und innerweltlicher Askese eine stark anti-staatliche Programmatik entwickelt haben, die sich vielfach verzögernd auf die Sozialstaatsentwicklung ausgewirkt hat“ (Manow 2008b: 33).

In den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz habe der Protestantismus die Sozialstaatsentwicklung verzögert; Manow bezeichnet sie deshalb als „freiprotestantisch gezügelte Wohlfahrtsstaaten“ (Manow 2008b: 36). Er konstatiert den bremsenden Einfluss des freikirchlichen Protestantismus auch auf die Entstehung des Wohlfahrtsstaats in den USA, Australien und Neuseeland. In Skandinavien mit seiner dominierenden lutherischen Staatskirche dagegen habe der Übernahme sozialstaatlicher Aufgaben von Seiten des Staates nicht viel entgegen gestanden. Die Identifikation von Staat und Kirche sei nahezu vollständig gewesen.

In Deutschland sei eine dominante lutherische Staatskirche auf eine starke katholische Minderheit getroffen, woraus sich eine eigene Entwicklungsdynamik ergab. Hier wie auch in anderen kontinentalen Ländern seien religiöse Konflikte und soziale Spaltungen über die Integration oppositioneller Gruppen in den Wohlfahrtsstaat gelöst worden.

In Südeuropa dagegen war, so Manow, der Suprematieanspruch der katholischen Kirche Anlass für leidenschaftliche Konflikte zwischen der Kirche und antiklerikalen Bewegungen. Wenn die Arbeiterbewegung gegen die alten Eliten kämpfte, kämpfte sie auch gegen den Klerus. Fragen nach dem, was der Staat in

den Bereichen wie Fürsorge, Erziehung und Wohlfahrt regeln dürfe, seien Gegenstand massiver Staat-Kirche-Konflikte gewesen und Sozialprogramme seien oft gegen den Widerstand der katholischen Kirche durchgesetzt worden. Mit der unterschiedlichen Ausprägung der Staat-Kirche-Konflikte lassen sich laut Manow auch die Unterschiede in der Kinderbetreuungs- und Familienpolitik und im Bereich der Sozialfürsorge in verschiedenen Ländern erklären.

Manow konzentriert sich besonders auf die Strukturähnlichkeiten der ‚freiprotestantisch gezügelten Wohlfahrtsstaaten‘ und überprüft, ob sich nachweisen lässt, dass diese Staaten sozialstaatliche Nachzügler waren. Dies überprüft Manow an der frühen oder späten Einführung sozialstaatlicher Programme: zum einen nach der *chronologischen* Zeit (als Jahresdatum der Ersteinführung solcher Programme), zum anderen nach der *ökonomischen* Zeit (nach dem relativen wirtschaftlichen Entwicklungsstand eines Landes zu diesem Zeitpunkt, z.B. als BIP pro Kopf gemessen). Der Befund zeige, dass alle freiprotestantischen Länder „ökonomisch spät“ in der Einführung sozialstaatlicher Programme waren. Auch in einer multiplen Regression weise der Faktor „Einfluss des freikirchlichen Protestantismus“ (gemessen an mindestens 15 % Zugehörigkeit der Bevölkerung um 1900) im Gegensatz zu den Faktoren „Stärke der Arbeiterklasse“ und „autoritärer Charakter des Staates“ eine hohe Relevanz auf. Manow ist der Meinung, damit ein „relativ homogenes Cluster an ‚späten‘ Sozialstaaten“ (Manow 2005: 220) belegen zu können.

Die Verzögerung in der formativen Phase übersetze sich, so Manow weiter, auch in eine spezifische Dynamik der weiteren Wohlfahrtsstaatsentwicklung: Ein zeitlicher Verzögerungseffekt könne für die späten Wohlfahrtsstaaten nicht folgenlos geblieben sein. Wenn der Staat nämlich erst spät sozialpolitische Verantwortung übernehme, hätten bereits private Arrangements die Lücke gefüllt. Er könne dann meist nur die bestehenden Sicherungsformen regulieren oder um gruppenspezifische Programme universale und basale Sicherungsprogramme etablieren. Diesen Dualismus von privaten, gruppenspezifischen Versicherungen und universaler, aber niedriger staatlicher Versorgung finde man in den Sozialstaaten der Schweiz, der Niederlande und Großbritanniens, z.B. im Aufbau der Alterssicherung. Der empirische Befund zeige, so Manow, dass dem Protestantismus für die Entwicklung des jeweiligen Wohlfahrtsstaats in einem Land eine große Bedeutung zukomme: „Einige institutionelle Charakteristika wie die Prominenz des Kapitaldeckungsverfahrens, die progressive Einkommensbesteuerung als Hauptfinanzierungsquelle des Sozialstaats, das duale Muster der Altersvorsorge mit seiner Kombination aus universalem ‚christlichen Sozialismus‘ auf basalem Niveau und eigenverantwortlicher Vorsorge etc. lassen sich meines Erachtens genau auf diese [freiprotestantischen] Quellen zurückführen“ (Manow 2008b: 51).

Manow knüpft mit seinen Untersuchungen an Überlegungen von Arnold Heidenheimer an und entwickelt sie weiter: Nicht nur habe der Protestantismus

eine bedeutende Rolle in Bezug auf die Ausgestaltung der verschiedenen Wohlfahrtsstaaten gespielt, wichtig sei insbesondere die Unterscheidung zwischen *lutherischen* und *reformierten* Traditionen. Die präzise begriffliche und argumentative Differenzierung dieser beiden Traditionen vernachlässigt Manow allerdings ebenso wie die historische Analyse der konkreten sozialpolitischen Wirksamkeit des reformierten Protestantismus in einzelnen Ländern im Vergleich mit den übrigen dort jeweils vertretenen Konfessionen. Zudem ist fraglich, ob die von ihm herangezogenen empirischen Daten ausreichen, um einen verzögernden Einfluss bestimmter protestantischer Strömungen auf die Wohlfahrtsstaatsentwicklung zu belegen.

2.4. Ein übergreifendes Erklärungsmodell: Philip Manow/Kees van Kersbergen

Hatte sich Kees van Kersbergen bisher auf die Rolle des Katholizismus konzentriert, Philip Manow dagegen zunächst die Bedeutung der protestantischen Traditionen betont, haben beide zusammen 2009 ein Modell entwickelt, das zum Ziel hat, verschiedene theoretische Ansätze zur Erklärung der Varianten von Wohlfahrtsstaaten zusammenzuführen (Manow/Kersbergen 2009).

Zunächst rezipieren sie zustimmend den Ansatz von Iversen/Soskice (Iversen/Soskice 2006), die erklären wollen, warum in Mehrparteiensystemen linke Parteien öfter in der Regierung vertreten sind als in Zweiparteiensystemen. Iversen/Soskice modellieren drei Klassen einer Gesellschaft: Ober-, Mittel- und untere Klasse. Was die Steuern und gesellschaftliche Umverteilung angehe, würde eine rechte Regierung wenig Steuern erheben und für eine geringe Umverteilung sorgen, bei einer linken sei es umgekehrt. Entscheidend sei nun das Wahlverhalten der Mittelschicht: Bei einer rechten Regierung erhalte die Mittelschicht geringe staatliche Zuwendungen, müsse aber auch wenig Steuern bezahlen; bei einer linken Regierung erhalte sie ebenfalls keine Zuwendungen, müsse aber höhere Steuern zahlen. Deshalb bevorzuge die Mittelschicht in einem Zweiparteiensystem eine Koalition mit der Oberschicht, in einem Mehrparteiensystem aber eine Koalition mit der Linken, weil sie dann zusammen die Oberschicht besteuern und die Einnahmen teilen könnten. Bei einer Koalition zwischen Mittel- und Unterschicht erfolge der Aufbau eines Wohlfahrtsstaats großzügiger.

Die Bedeutung des Wahlsystems greifen Manow/Kersbergen auf und verbinden sie mit einem Ansatz, der die Relevanz gesellschaftlicher Konflikte für die Entstehung und Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats betont. Sie greifen dabei auf das Konzept des norwegischen Politikwissenschaftlers Stein Rokkan zurück, der mit seiner *Cleavage-Theorie* die Entwicklung von Parteiensystemen anhand grundsätzlicher Konfliktlinien verschiedener organisierter sozialer Grup-

pen erklärte. In Staaten mit Mehrheitswahlrecht werde nur *ein* wichtiger gesellschaftlicher Konflikt politisiert, nämlich der dominante Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. In Staaten mit Verhältniswahlrecht, so Manow/Kersbergen, kann es dagegen zur politischen Repräsentation von mehr als einem zentralen gesellschaftlichen Konflikt kommen. In vielen westlichen Ländern sei dies der starke Konflikt zwischen Kirche und Staat gewesen. Daraus seien die verschiedenen christdemokratischen Parteien hervorgegangen. In Skandinavien dagegen sei die Gesellschaft weitgehend homogen und auch die nationale Revolution führte nicht zu großen Staat-Kirche-Konflikten. Dagegen kam es zu einem „cleavage between agrarian and industrial interest, since the agrarian sector was still very strong at the moment of mass democratization in the late industrializing Scandinavian countries“. Als Folge „strong parties of agrarian defence emerged and [...] they received a substantial share of the votes“ (Manow/Kersbergen 2009: 23).

Die Gründe, warum sich in den USA oder Großbritannien ein liberales Wohlfahrtsregime gebildet hat, lassen sich nun aus einem Mix aus Faktoren erklären: Das Mehrheitswahlrecht habe zu einer politischen Koalition aus Ober- und Mittelschicht geführt, die einen großzügigen Wohlfahrtsstaat verhinderte. Andere Konflikte seien nicht politisch wirkmächtig geworden; und das calvinistische Ethos, das staatliche Hilfen für Arbeitsunwillige ablehnt und auf Selbsthilfe der Betroffenen setzt, habe die spezifische Ausrichtung des Wohlfahrtsstaat in Richtung des liberalen Regimes im Sinne Esping-Andersens verstärkt.

In den skandinavischen Staaten sei es dagegen den bäuerlichen Parteien möglich gewesen, in der politischen Repräsentation Einfluss zu erlangen. Dort sei es zu einer Koalition aus Arbeiter- und Bauernbewegung gekommen, die an einem großzügigen und mit universalen Rechten ausgestatteten Wohlfahrtsstaat interessiert war. Das lutherische staatsorientierte Ethos habe die Voraussetzung für das Gelingen dieses typisch nordischen Wohlfahrtsregimes geschaffen.

Beim konservativen Typ in der Diktion Esping-Andersens spiele Religion im Modell eine noch entscheidendere Rolle: In Deutschland z.B. sei zwar der Klassenkonflikt in der politischen Repräsentation bestimmend gewesen, daneben sei aber als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat auch eine starke christliche Partei entstanden (erst das katholische Zentrum, dann die überkonfessionelle CDU). Bereits in der Weimarer Republik sei es zu einer Koalition aus Arbeiterbewegung und sozial engagierten Katholiken gekommen, die die Grundlagen für den deutschen Wohlfahrtsstaat gelegt hätte (der auch nach 1945 in seinen wichtigsten Bestandteilen trotz ordoliberaler Modifizierungen bestehen blieb). Dadurch sei ein relativ großzügiges, aber an Statuserhalt und an traditionellen Rollenbildern verhaftetes Wohlfahrtsregime entstanden. Anders in Frankreich: Der harte Konflikt zwischen Kirche und Staat habe hier zu einer Koalition von Arbeiterbewegung und Liberalen gegen die katholische

Kirche geführt und so zu einem weit weniger an traditionellen Werten orientierten Wohlfahrtsregime.

Manow/Kersbergen fassen zusammen: Sei es in Skandinavien zu einer „red-green coalition“ gekommen, so zeige sich: „On Europe's continent, in turn, we find welfare states that are the product of a coalition between Social and Christian Democracy (red-black coalition)“ (Manow/Kersbergen 2009: 26).

Im Sammelband finden sich verschiedene weitere Ausführungen und Ländereinstudien. Es gelingt Manow/Kersbergen, das Modell von Esping-Andersen erheblich weiterzuentwickeln. Insgesamt ermöglicht das mehrstufige Modell aus Wahlregeln und zentralen gesellschaftlichen Konflikten, in denen konfessionelle Einflüsse eine prominente Rolle spielen, interessante Einsichten, bleibt aber doch recht holzschnittartig in der Analyse. Insbesondere die Entwicklungen in den südeuropäischen Ländern (die ja auch zum dritten Typ in der Esping-Andersenschen Einteilung gehören) bleiben unterbelichtet.

2.5. „Wahlverwandtschaft“ zwischen Konfession und Armutspolitik: Sigrun Kahl

Eine bemerkenswerte Resonanz hat in der aktuellen Wohlfahrtsstaatsforschung der Typologisierungversuch von Sigrun Kahl (2005, 2006, 2008, 2009) gefunden. In ihrer von Claus Offe in Berlin betreuten Dissertation und einigen teils vorab, teils nachfolgend verfassten Beiträgen versucht Kahl, Religion als kulturellen Faktor in die Analyse von Wohlfahrtsstaaten einzubeziehen (vgl. Kahl 2006: 39), wobei ihr Fokus auf armutspolitischen Prinzipien liegt.

Kahl, die vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung nach ihrer Promotion an die Yale-Universität gewechselt ist, skizziert in Anlehnung an Philip Manow (2002) eine Typologie von Wohlfahrtsstaaten unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen historischen Dominanz einer der drei großen konfessionellen Traditionen des neuzeitlichen westlichen Christentums: der römisch-katholischen, der lutherischen und der calvinistischen. Ihre Argumentation ist in hohem Maße – wenn auch nicht immer hinreichend explizit – Max Weber verpflichtet, von dem sie insbesondere den Begriff der „Wahlverwandtschaft“ aufgreift (vgl. Kahl 2006: 60–81), um ihre zentrale Hypothese einer Korrelation zwischen dominanter Konfession und langfristiger armutspolitischer Strategie zu erhärten.

Bereits Mitte des 16. Jahrhunderts – so Kahl – seien drei konfessionsspezifische Soziallehren jeweils eine „Wahlverwandtschaft“ mit einer bestimmten armutspolitischen Praxis eingegangen. Diese „Wahlverwandtschaft“ sei aufgrund der starken kulturellen Prägekraft der Religion langfristig in eine etablierte Verwandtschaft übergegangen, so dass die konfessionsspezifische Perspektive auf Armut bis heute in der Politik nachwirke. Die ursprüngliche, theologische Be-

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Álvarez-Miranda, Berta, Dr. soz., Profesora titular an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, Complutense-Universität Madrid, Spanien.

Behrens, Kathrin, Dr. phil., Referentin für elektronische Medien an der Bayerischen Staatsbibliothek in München, Deutschland.

Brown, Malcolm, Revd. Dr., Direktor der Abteilung für Mission und Öffentliche Angelegenheiten im Rat der Erzbischöfe der Kirche von England in London, Vereinigtes Königreich.

Çelebi, Aykut, Prof. Dr., Professor an der Politikwissenschaftlichen Fakultät, Universität Ankara, Türkei.

Chuliá, Elisa, Dr. soz., Profesora titular an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, Nationale Fernuniversität Madrid, Spanien.

Colozzi, Ivo, Prof. Dr., Professore ordinario am Institut für Soziologie und Wirtschaftsrecht, Universität Bologna, Italien.

Fel, Stanislaw, Prof. Dr. rer. pol., Universitätsprofessor, Direktor des Instituts für Soziologie der Fakultät für Sozialwissenschaften, Katholische Universität Lublin, Polen.

Gabriel, Karl, Prof. Dr. Dr. Dr. h.c., em. Universitätsprofessor am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Katholisch-Theologischen Fakultät, Seniorprofessor am Exzellenzcluster ‚Religion und Politik‘, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Deutschland.

Göztepe-Çelebi, Ece, Dr. jur. habil., Hochschuldozentin an der Juristischen Fakultät, Bilkent-Universität Ankara, Türkei.

Jochem, Sven, Prof. Dr. phil., apl. Professor am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, Deutschland.

Kalkandjieva, Daniela, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Forschung, St.-Kliment-Ohridski-Universität Sofia, Bulgarien.

Kærgård, Niels, Prof. Dr., PhD, Professor am Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik, Fakultät für Natur- und Lebenswissenschaften, Universität Kopenhagen, Dänemark.

Koenig, Matthias, Prof. Dr. phil., Universitätsprofessor am Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen; Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Göttingen, Deutschland.

Kurschat, Andreas, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Exzellenzcluster ‚Religion und Politik‘, Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Evangelisch-Theologischen Fakultät, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Deutschland.

Leibold, Stefan, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Exzellenzcluster ‚Religion und Politik‘, Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Evangelisch-Theologischen Fakultät, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Deutschland.

López Novo, Joaquín P., Dr. soz., Profesor an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, Complutense-Universität Madrid, Spanien.

Noordegraaf, Herman, Prof. Dr., außerordentlicher Professor für Diakoniewissenschaft im Auftrag der Stiftung Rotterdam, Protestantisch-Theologische Universität Amsterdam/Groningen, Niederlande.

Ostner, Ilona, Prof. Dr. phil. habil., Universitätsprofessorin am Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen, Deutschland.

Pérez-Díaz, Víctor, Dr. soz., em. Universitätsprofessor, Complutense-Universität Madrid; Vorsitzender des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Analistas Socio-Políticos, Madrid, Spanien.

Petmesidou, Maria, Prof. Dr., Universitätsprofessorin, Direktorin des Departments Sozialadministration, Demokrit-Universität von Thrakien in Komotini, Griechenland, Fellow des Comparative Research Programme on Poverty (CROP) des International Social Science Council, Universität Bergen, Norwegen.

Polizoidis, Periklis, Dr., Dozent am Department Sozialadministration, Demokrit-Universität von Thrakien in Komotini, Griechenland.

Reuter, Hans-Richard, Prof. Dr., em. Universitätsprofessor am Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Evangelisch-Theologischen Fakultät, Seniorprofessor am Exzellenzcluster ‚Religion und Politik‘, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Deutschland.

Sengers, Erik, Dr., Caritas-Direktor im Bistum Haarlem-Amsterdam, Niederlande.

Personenregister

- Aage, Hans 79
Aarup-Kristensen, Jørn 67
Abdülhamid II., Sultan 405–407, 410
Achingner, Hans 110
Adenauer, Konrad 98, 110
Adloff, Frank 196
Aengenent, Johannes Dominicus Josephus 257
Akdoğan, Yalçın 403
Akşit, Bahattin 410f.
Alber, Jens 99, 121, 125, 131
Alexander II., Zar von Russland 309f., 313, 316
Alivizatos, Nicos 187, 189
Allmendinger, Jutta 129
Alper, Yusuf 423
Althusius, Johannes 116
Altıkulaç, Tayyar 413
Álvarez-Miranda, Berta 384
Anastassiadis, Anastassios 179, 188
Andersen, Bent Rold 62
Andersen, Peter B. 69
Anderson, Karen M. 339
Angelopoulos, Athanassios 187
Anheier, Helmut K. 192
Arıcı, Kadir 426
Ariëns, Alphons 257
Arts, Wil 231
Aschoff, Hans-Georg 103
Ashford, Douglas 150
Attlee, Clement Richard 440
Auernheimer, Georg 129
Auken, Svend 76
Aust, Andreas 132
Ayaß, Wolfgang 103
Bäckström, Anders 17f., 487
Balcerzak-Paradowska, Bożena 296
Baldwin, Peter 341
Ballard, Paul 445
Ballin, Andre 327
Banfield, Edward C. 382f.
Bardakoğlu, Ali 412
Barkan, Ömer Lütfü 414, 428
Barrada, Alfonso 372
Bartmann, Peter 99
Baubérot, Jean 152f., 157, 166
Baumeister, Hella 129
Baumgartner, Frank F. 158
Bautz, Annegret 309f.
Becker, Irene 129
Becker, Jos 265
Beckman, Ninna 194
Behrens, Kathrin 316f., 319, 321
Bell, David A. 163
Belopopsky, Alexander 195
Bentham, Jeremy 459
Benz, Ernst 318
Berge, Anders 341
Berger, Suzanne 156f., 169
Bergh, Willem van den 261
Berkel, Rik van 296
Berkes, Niyazi 414
Bernts, Ton 250
Bevan, Aneurin 440, 459
Beveridge, William 435f., 438–441, 443, 445, 448, 454, 456–458, 462f., 482
Bielefeld, Ulrich 163
Bijl, Rob 265
Bismarck, Otto von 3, 7, 95f., 102f., 108, 242, 280, 481, 498
Blair, Tony 433, 460
Blum, Léon 149
Blüm, Norbert 106
Blyth, Mark 354
Bode, Ingo 165, 169
Bodelschwingh, Friedrich von 498
Boguszewski, Rafał 287, 291f.
Boli, John 386
Bonwetsch, Bernd 310
Booth, Philip 453
Boratav, Korkut 402f.

- Borisov, Bojko 28
 Bornebroek, Arno 257
 Bornewasser, J. A. 259
 Bos, Wim 249
 Bourgeois, Léon 161
 Brakelmann, Günter 115, 117
 Brandt, Willy 99
 Brauns, Heinrich 109
 Bremme, Gabriele 150, 161
 Brennecke, Ralph 121
 Brewster, Karin L. 231
 Brix, Harald 64
 Broberg, Gunnar 350, 353, 363
 Brown, Gordon 433
 Brown, Malcolm 445, 447, 463
 Brubaker, Rogers 163
 Buğra, Ayşe 407, 409 f., 421
 Buisson, Ferdinand 152
 Bulmahn, Thomas 121
 Bunsch-Konopka, Helena 281
 Buss, Andreas 318
 Butterwegge, Christoph 101, 124

 Calvin, Johannes 8
 Campenhausen, Axel von 106
 Casanova, José 285
 Castel, Robert 166
 Castles, Francis Geoffrey 2, 144, 232, 342, 349
 Cazorla-Sánchez, Antonio 375
 Çelebi, Aykut 481
 Çelik, Yusuf 425
 Chamberlayne, Prue 144
 Chesnais, Jean-Claude 231
 Chłóń, Agnieszka 293
 Cholvy, Gérard 155, 157
 Christensen, Torben 74
 Christian II., König von Dänemark 343
 Christodoulos I., Erzbischof 190
 Chrysostomus, Johannes 317
 Chuliá, Elisa 384
 Churchill, Winston 440 f.
 Çizakça, Murat 420 f., 427
 Cizewska, Elżbieta 287
 Cole, Alistair 157 f., 166, 169
 Combes, Emile 153
 Comín, Francisco 370
 Comte, Auguste 161, 163

 Conrad, Christoph 3
 Conti, Fulvio 220
 Coppino, Michele 219
 Costa, Joaquín 370
 Cova, Anne 147
 Crouch, Colin 144, 169

 Daskalov, Rumen 35
 Davidsen, Thorklid 74
 Davie, Grace 17 f., 450, 452, 464, 487, 489
 Davies, Philipp L. 3
 Debré, Michel 153, 166
 Deems, Gerrit F. 257
 Dehlinger, Erwin 121
 Dekker, Gerard 250
 Delors, Jacques 243
 Demirel, Süleyman 419
 Denéfle, Sylvette 157
 Deringil, Selim 406
 Derks, Marjet 260
 Derwich, Przemysław 297
 Di Caprio, Lisa 145 f.
 Dibelius, Otto 110
 Dickens, Charles 435
 Dicleli, Vedat 410, 416, 418
 Diellas, George 193 f., 206
 Diepenhorst, I.A. 259
 Dilik, Sait 405
 Dinç, Cüneyd 417, 427, 481
 Dirven, Henk-Jan 301
 Dubin, Boris 322, 324
 Dubois, O.W. 261
 Duffhues, Ton 256 f.
 Duhne, Christian 344
 Düring, Günter 118
 Durkheim, Emile 161, 163
 Dutton, Paul V. 145, 149, 154 f.
 Duyvendak, Jan Willem 255

 Ecevit, Bülent 403
 Edebalk, Per Gunnar 342, 345 f., 355
 Edgarth, Ninna 17 f.
 Ekström, Sören 349, 350 f.
 Eldarov, Svetlozar 35
 Elklit, Jørgen 67
 Elsner, Regina 329 f.
 Engels, Friedrich 73
 Erdoğan, Recep Tayyip 403, 419

- Erhard, Ludwig 105
 Erli, Peter 95
 Ertürk, Vedat 427
 Esping-Andersen, Gøsta 2, 10 f., 14 f., 18, 142 f., 167 f., 192, 232, 266, 301, 339, 342, 349, 383, 396
 Eucken, Walter 109
 Evers, Adalbert 128
 Ewald, François 161 f.
- Fagnani, Jeanne 168
 Falbe-Hansen, Vigand 70, 82
 Falloux, Frédéric 152
 Fedyszak-Radziejowska, Barbara 292
 Felling, Albert 256 f.
 Ferrera, Maurizio 201, 221, 224, 232, 301
 Ferry, Jules 149, 152
 Figgis, John Neville 459
 Filippaios, George 192
 Fischer, Joseph 101
 Fix, Birgit 112, 487
 Fix, Elisabeth 112, 487
 Fouillé, Alfred 161
 Fourier, Charles 161
 Franco, Francisco 367, 369, 371–374, 378 f., 381 f., 386, 390, 396, 480
 Friedrich, Norbert 116 f.
 Fruchtmann, Jakob 309, 325 f., 331
- Gabriel, Karl 127 f.
 Gaeta, Lorenzo 222
 Gallego, José A. 377
 Gallouj, Camal 141
 Gallouj, Karim 141
 Gangl, Markus 121
 Gauchet, Marcel 145
 Gaulle, Charles de 156
 Gazali, Abu Hamid Muhammad al- 415
 Geißler, Heiner 99
 Geleff, Poul 64
 Gelissen, John 231
 Geller, Helmut 128
 Genchev, Nikolai 30 f.
 Georgas, Vassilis 209
 Gerle, Elisabeth 350
 Gibson, Jacques 157
 Gibson, Ralph 157, 160
 Gide, Charles 161
- Gilsing, Rob 271
 Giolitti, Giovanni 221, 225
 Girotti, Fiorenzo 223
 Girvetz, Harry 20
 Glatzer, Wolfgang 121 f.
 Goblet, René 149, 152
 Golinowska, Stanisława 285, 298
 Golov, A.A. 308
 Gölpınarlı, Abdülbaki 410, 418 f.
 González, Felipe 390
 González, Juan Jesús 386 f.
 Goodin, Robert E. 301
 Góra, Marek 290, 293
 Gorbatschow, Michail 319
 Görmez, Mehmet 413
 Gorski, Philip S. 16
 Gorskova, M.K. 323, 327
 Goubert, Jean-Pierre 147
 Gough, Ian 202
 Gowin, Jarosław 284, 286
 Gözaydın, İştâr 412 f.
 Göztepe-Çelebi, Ece 481
 Grabowska, Mirosława 286
 Grebing, Helga 102
 Gregor VII., Papst 6
 Greschat, Martin 105
 Greyerz, Kaspar von 16
 Griesmeier, Nicolas 129
 Große Kracht, Hermann-Josef 108, 114
 Grundtvig, Frederik Severin 60, 69, 71, 470
 Guermer, Guy 153
 Guerrero, Fernando 381
 Guillén, Ana M. 183 f., 208, 370
 Guizot, François 152
 Gülmez, Mesut 405
 Gundlach, Gustav 114
 Gurvitch, Georges 155
 Gustafsson, Göran 346, 352
 Gustav I. Eriksson Vasa, König von Schweden 343
 Gustav IV. Adolf, König von Schweden 343
 Gutiérrez Resa, Antonio 379
 Güzel, Ali 405, 423, 425–427
- Haan, Ido de 255
 Habermas, Jürgen 100

- Hadenius, Stig 345
 Hadzhiyski, Ivan 42
 Hallein-Benze, Geraldine 121 f.
 Haller, Max 229
 Haman, Jacek 291
 Hansson, Per Albin 350, 353
 Hartling, Poul 77
 Haue, Harry 67
 Haupt, Heinz-Gerhard 147
 Hauser, Richard 129
 Hayward, Jack Ernest S. 161
 Headey, Bruce 301
 Heclo, Hugh 342, 346
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 102, 471
 Hegelich, Simon 125
 Heidenheimer, Arnold J. 5 f., 12, 144
 Heijst, Annelies van 260
 Heikens, Tjaard 260
 Heilberg, Johanne Luise 73
 Heilbron, Johan 163
 Heinesen, Knud 76
 Heinrich VIII., König von England 435
 Heldring, Ottho Gerhard 261
 Helmert, Gundula 309
 Henriksen, Ingrid 60
 Hentschel, Volker 97
 Hersche, Peter 160
 Hertling, Georg von 109
 Hertogh, Mirjam 251–253
 Hesse, Philippe-Jean 164, 168
 Hetmeier, Heinz-Werner 129
 Hibbs, Gouglas A. 2
 Hicks, Alexander M. 2
 Hilaire, Yves-Marie 155, 157
 Hilson, Mary 340
 Hinterhuber, Eva Maria 329
 Hitze, Franz 7, 103, 108 f., 498
 Hobbes, Thomas 414
 Hobsbawm, Eric John Ernest 420
 Hockerts, Hans Günter 98, 100, 104 f., 110, 124, 131 f.
 Hoffmann, David L. 316
 Hoffmann, Stanley 142, 154
 Höffner, Joseph 110
 Høgh, Erik 67
 Höjer, Karl J. 343
 Hoop, Lammert de 257
 Höpner, Martin 354
 Hornemann Møller, Iver 296
 Houwaart, Dick 247
 Hryniewiecka, Agnieszka 297
 Hryniewicz, Józefina 297
 Huber, Evelyn 2
 Huber, Victor Aimé 116
 Huetting, Ernst 253
 Hufton, Olwen H. 144–146
 Hull, John M. 452
 Immergut, Ellen M. 361
 İnalçık, Halil 414
 Inglehart, Ronald 339
 Inokentii von Sofia, Metropolit 37
 Iserloh, Erwin 103
 Ivanov, Dobroslav 37
 Iversen, Torben 13, 143
 Izotova, Julia 326
 Jähnichen, Traugott 115–117
 Jędrasik-Jankowska, Inetta 292
 Jelzin, Boris 325
 Jevons, William Stanley 74
 Jo, Nam-Kyoung 230
 Joas, Hans 484, 495
 Jobert, Bruno 169
 Jochem, Sven 339 f., 342, 349, 359
 Johannes Paul II., Papst 228 f., 243
 Johannes XXIII., Papst 228 f.
 Johansson, Peter 341
 Jonasen, Viggo 62
 Jong, Gert de 250
 Jørgensen, Hans Anker 77
 Juan Carlos, König von Spanien 367
 Jurado, Teresa 384
 Juros, Andrzej 298
 Kærgård, Niels 60, 63, 71, 74–76
 Kahl, Sigrun 15–17, 146, 148, 159, 165 f., 169, 180, 192, 194, 339
 Kaiser, Jochen-Christoph 111 f.
 Kalkandjieva, Daniela 28, 32 f., 35 f.
 Kalyvas, Stathis 156
 Karagiannis, Evangelos 179, 190, 192
 Karamanlis, Kostas 178
 Karamelska, Teodora 39–41

- Kaufmann, Franz-Xaver 4–8, 20, 95 f.,
101, 105, 120, 127, 129–132, 144–147,
149, 154, 158, 161, 467 f., 494–496
- Kazimierzczak, Tomasz 296
- Keren, Zvi 28
- Kersbergen, Kees van 8–10, 13–15, 102,
143–145, 152 f., 155 f., 168 f., 227, 273 f.,
370, 487, 489
- Kervancı, Mehmet 413
- Ketteler, Wilhelm Emmanuel von 7, 103,
498
- Keyder, Çağlar 421
- Keynes, John Maynard 448
- Kierkegaard, Søren 71
- Kirill I., Patriarch 329
- Kiroudi, Marina 195
- Kitzman-Czarnecka, Karolina 299
- Kjellberg, Anders 357
- Klein, Eduard 331
- Klerk, Mirjam de 271
- Klitgaard, Michael Baggesen 354, 358
- Kłoczowski, Jerzy 286
- Knippenberg, Hans 189
- Knoppe, Boris 329, 333
- Knudsen, Tim 62, 347, 349, 351
- Koç, Vehbi 420
- Koch, Bodil 76
- Koet, Bart 273
- Kohl, Helmut 100, 105
- Köhler, Peter A. 480
- Kolocharova, Elena 322 f.
- Konidaris, Ioannis 187
- Konstantelos, Dimitrios 194
- Konstantin I. (der Große), Kaiser des
Römischen Reiches 318, 492
- Köprülü, Fuad 414
- Koralewicz-Zębik, Jadwiga 289
- Korpi, Walter 2
- Kostjuk, Konstantin 493
- Krech, Volkhard 94, 106
- Krieger, Alfred 282
- Kühle, Lene 70
- Kuhlmann, Andreas 357
- Kuiper, Dick Th. 264
- Kuru, Ahmet T. 414
- Kusber, Jan 313
- Kuyper, Abraham 257 f., 261 f., 273 f., 475,
498
- Lamennais, Hugues-Félicité Robert de
159
- Langhorst, Peter 114
- Laroque, Pierre 150 f., 155, 167
- Lasserre, René 157
- Le Chapelier, Isaac René Guy 158
- Le Play, Pierre Guillaume Frédéric 148,
159, 162
- Lehmann, Hartmut 16
- Leibfried, Stephan 2–5, 129, 363, 494
- Leisering, Lutz 95
- Lenoir, Rémy 145
- Lente, Dick van 251
- Leo XIII., Papst 113, 156, 222, 227, 376,
381
- Leroux, Pierre 161
- Leś, Ewa 281
- Leshtarska, Desislava 48
- Lessenich, Stephan 106, 131, 134
- Levy, Jonah D. 142, 154, 165
- Lewis, Jane 168
- Liakos, Antonis 181
- Liedhegener, Antonius 106
- Linde, Herman van der 247
- Linde, Maarten van der 255, 261
- Linderberg, Fernando 76
- Lindhardt, Poul Georg 69
- Linz, Juan J. 375, 380
- Lipset, Seymour M. 143
- Liu, Yuanli 425
- Lloyd George, David 436, 482
- Løgstrup, Knud Ejler 77
- Lohmann, Theodor 103, 108 f., 115, 498
- Loo, L. Frank van 255–257
- Losovskaja, Ekaterina 326
- Lüchau, Peter 69
- Ludlow, John Malcolm 74
- Luhmann, Niklas 120
- Lundberg, Urban 355
- Luther, Martin 77
- Lutz, Burkart 105
- Machiavelli, Niccolò 414
- MacIntyre, Alistair 450
- Madeley, John T. S. 189
- Maier, Hans 102, 498
- Malthus, Thomas Robert 147
- Manitakis, Antonis 189

- Manow, Philip 10–15, 102, 105, 117,
143–145, 152 f., 155–157, 168 f., 227, 307,
339, 352, 362, 370, 479, 487, 489, 491
- Markova, Zina 29
- Martensen, Hans Lassen 71–73, 75, 77,
470, 498
- Martin, Claude 142, 151, 156, 167 f.
- Martin, David 18, 484–487
- Marx, Karl 73
- Mastermann, Neville Charles 74
- Matsaganis, Manos 202
- Matthes, Joachim 99
- Matthiessen, Poul C. 86
- Mau, Steffen 4
- Maxim, Patriarch 37, 42
- Mayeur, Jean-Marie 159
- Maza Zorrilla, Elena 377
- McKean, R.B. 311
- McLeod, Hugh 157
- Medwedjew, Dmitrij 308, 331
- Mersiyanova, I.V. 330
- Metz, Karl H. 144–146
- Metzler, Gabriele 96 f.
- Meyer, Hendrik 125
- Meyer, John W. 386
- Mieszko I., Herzog von Polen 286
- Milner, Henry 342
- Minkenberg, Michael 339
- Mitchell, Deborah 232
- Mladenov, Totyu 28
- Mohammed, Prophet 415, 418
- Mohr, Katrin 123, 129
- Molin, Björn 345
- Møller, Orla 76
- Mommsen, Margareta 308
- Monrad, Ditlev Gothard 73, 78
- Monteiro, Marit 260
- Montero García, Feliciano 376 f.
- Morgan, Kimberly J. 153, 156, 167, 180,
194
- Moritsch, Andreas 310
- Mościcki, Ignacy 283
- Mosse, W.E. 313
- Mossialos, Elias 208
- Mourouka, Sofia 194
- Mouzelis, Nicos 189 f.
- Muffels, Ruud 301
- Müller-Armack, Alfred 110
- Müllerowa, Lidia 286
- Mussolini, Benito 220
- Muthesius, Hans 110
- Myrdal, Alva 350
- Myrdal, Gunnar 350
- Napoleon, Bonaparte 152, 155
- Naumann, Friedrich 109, 115 f.
- Neij, Rob 256 f.
- Nell-Breuning, Oswald von 114
- Nesti, Arnaldo 165 f.
- Neundörfer, Ludwig 110
- Nijenhuis, Hermannus 260
- Nitti, Francesco Saverio 222, 243
- Noordegraaf, Herman 271
- Norris, Pippa 339
- Novak, Michael 453
- Nowak, Stefan 289
- Nowikowa, Jelena 328
- Noya, Javier 385 f.
- Nozick, Robert 450
- Obinger, Herbert 2
- Offe, Claus 15
- Olsen, Jørgen 67
- Olson, Mancur 2
- Olsson, Sven E. 342, 355
- Oorschot, Wim van 230
- Orizo, Francisco A. 387
- Orwell, George 435
- Ostheim, Tobias 1
- Oswalt, Julia 316
- Otto von Bayern, König von
Griechenland 181
- Ottorino-Gentiloni, Vincenzo 225
- Özal, Turgut 404, 419
- Özbek, Nadir 406, 408, 410, 427
- Özdemir, Şennur 410
- Özek, Çetin 414
- Öztürk, Nazif 406
- Palier, Bruno 141, 151, 157, 164–166, 168 f.
- Palme, Joakim 357
- Papatheodorou, Christos 202
- Parsons, Talcott 243
- Patras, Loukas 194
- Payne, Daniel P. 189
- Pedersen, Susan 167

- Pennings, Paul 260
 Pérez-Díaz, Víctor 371, 374, 380, 383 f.
 Perfecto, Miguel Ángel 377
 Persson, Göran 353 f.
 Pesch, Heinrich 114
 Peter I., der Große, Zar von Russland
 309, 315, 486
 Petersson, Olof 343 f.
 Petmesidou, Maria 180, 183–186, 190, 197,
 202, 204 f., 208
 Petrou, Ioannis 194
 Pettersson, Per 17 f.
 Pierenkemper, Toni 310, 313
 Pierson, Hendrik 261
 Pierson, Paul 3
 Piłsudski, Józef 283
 Pino, Eloisa del 386
 Pio, Louis 64
 Pius IX., Papst 225
 Pius XI., Papst 114, 227
 Plaggenborg, Stefan 307, 311 f., 321
 Pleines, Heiko 326
 Pobedonoscev, Konstantin P. 315 f.
 Poels, Vefie 260
 Pollis, Adamantia 188–190, 195 f.
 Polyzoidis, Periklis 184
 Pool, Eve 442, 447
 Popiełuszko, Jerzy 288
 Potanin, Vladimir 328
 Poulat, Emile 152
 Prestjan, Anna 352
 Primo de Rivera, Miguel 370
 Prinsterer, Guillaume Groen van 256
 Putin, Vladimir 308, 325, 331
 Putnam, Robert 216, 287
 Puttkamer, Joachim von 310–312, 314 f.

 Rabinbach, Anson 148, 153
 Radkova, Romyana 28
 Rahbek, Just 74
 Rasmussen, Anders Fogh 65
 Rasmussen, Poul Nyrup 65
 Ravitch, Norman 155, 159
 Reagan, Ronald 3, 272
 Reichensperger, Peter 7
 Reisz, Gesa 161
 Rémond, René 157
 Rendtorff, Trutz 116

 Reuter, Hans-Richard 117
 Rhijn, Aart van 252 f., 265, 475 f.
 Rhodes, Martin 301
 Rieger, Elmar 3–5, 363, 494
 Rimlinger, Gaston V. 311
 Rinck, Sabine 311 f.
 Rindfuss, Ronald R. 231
 Rindt, Susanne 329
 Ritter, Gerhard A. 95–97, 101–103, 106,
 132
 Robespierre, Maximilien Marie Isidore de
 145
 Rochefoucauld-Liancourt, François
 Alexandre Frédéric de la 145
 Rodger, John 298
 Rodríguez Cabrero, Gregorio 372
 Roebroek, Joop M. 251–253
 Roes, Jan 256 f.
 Rogaczewska, Maria 300
 Roguska, Beata 284
 Rokkan, Stein 13, 143, 487
 Roller, Edeltraud 121
 Röpke, Wilhelm 109
 Rosanvallon, Pierre 146, 161
 Rose, Richard 3
 Rosoli, G. Fausto 219
 Rothstein, Bo 351
 Rousseau, Jean-Jacques 414
 Rovati, Giancarlo 215
 Russel, Anthony 443
 Rutkowski, Michał 290, 293
 Rymśa, Marek 285, 296 f.

 Sabchev, Konstantin 37
 Sachße, Christoph 16, 97, 104, 111, 123
 Şahin, Bayram 425
 Saint-Jours, Yves 148 f., 155
 Salamon, Lester M. 192
 Samuelson, Paul Anthony 243
 Sartre, Jean-Paul 147
 Schäfer, Ulrich 354
 Schaik, A.G. van 260
 Scharling, Will 70, 82
 Scharpf, Fritz 3
 Schellong, Dieter 16
 Schlüter, Poul 65
 Schmid, Josef 165
 Schmidt, Lars Peter 318

- Schmidt, Manfred G. 1, 93–95, 97, 99,
101, 103–106, 126
Schmidt, Vivien 3
Schreiber, Wilfried 105, 110
Schröder, Gerhard 101, 106, 472
Schröder, Hans-Henning 328
Schultheis, Franz 144, 146 f., 160, 162,
167
Schuster, Georg 449
Schwethelm, Judith 312, 321, 325, 328,
331
Sciortino, Guiseppe 87
Sengers, Erik 250, 271, 273
Sepe, Stefano 220
Siegel, Nico A. 1
Silei, Gianni 220
Simon, Gerhard 315–317
Simonsen, Jørgen Bæk 70
Sinninghe Damsté, Willem 263, 266
Sipilä, Jorma 340, 358
Skarbek, Jan 286
Skocpol, Theda 375
Smith, Adam 72
Smolitsch, Igor 316
Sørensen, Aage B. 49
Sørensen, Øystein 353
Soskice, David 13, 143
Spadolini, John 243
Spasov, Spas 37
Spencer, Stephen 446
Spicker, Paul 231
Stahl, Friedrich Julius 7, 116
Ståhlberg, Ann-Charlotte 342, 355
Stanishev, Sergei 49
Stanislaw II. August Poniatowski, König
von Polen 280
Stegmann, Franz-Josef 114
Stein, Lorenz von 102, 108, 116, 471
Stekl, Hannes 16
Stephens, John 2, 144
Stöcker, Adolf 107, 115
Stolleis, Michael 104
Stolypin, Pjotr 310
Stråth, Bo 353
Strzeszewski, Czesław 281
Sturzo, Luigi 222
Swaan, Abram de 273
Swank, Duane H. 2
Święcicki, Maciej 282
Symeonidou, Haris 203
Szubert, Waclaw 280, 283
Tagarakis, Ioannis 194
Tallon, Alain 155
Talma, A. Syb 257
Tartakowsky, Danielle 142, 149
Temple, William 445–451, 454, 464, 482,
498
Tennstedt, Florian 16, 97, 101, 103 f., 111,
123
Terletsikij, Wladimir 325
Thatcher, Margaret 3, 272, 433, 448, 450,
454 f., 457, 460, 462, 465, 482
Thesing, Josef 493
Thomas, G.M. 386
Thorbecke, Johan Rudolf 256
Thorkildsen, Dag 349
Tichonova, Natalja E. 325
Tijn, Th. van 251
Timmermans, Joost 271
Titmuss, Richard Morris 142, 232, 301
Todorova, Olga 28
Tombs, Robert 165
Tomka, Miklós 38, 39, 40
Toniolo, Giuseppe 222, 225
Trawin, Dmitrij 324, 331
Troeltsch, Ernst 5, 467
Tsankov, Stefan 34–36
Tschizewskij, Dmitrij 314
Tsebelis, George 2
Tsoulouvis, Lefteris 185, 197
Tufan, Beril 427
Tydén, Battias 350, 353, 363
Üçok, Coşkun 415 f.
Uertz, Rudolf 318, 493
Valk, Louisa Aleida van der 251, 253,
256 f.
Vantsos, Miltiadis 195
Venizelos, Eleftherios 187, 189
Vergin, Nur 414 f.
Vlek, Ruud 254
Voillery, Pierre 28
Vonk, G.J. 265
Vrooman, Cok 249

- Vugt, Joos van 260
- Wadensjö, Eskil 342, 355
- Wagener, Hermann 103
- Wagner, Adolph 1
- Wagner, Peter 153
- Wall, Heinrich de 106
- Warming, Jens 70, 76
- Wciórka, Bogna 287
- Weber, Eugen 163
- Weber, Max 5, 15, 144, 467, 495
- Weber, Renate 317
- Weisser, Gerhard 110
- Wennemo, Irene 357
- Werthmann, Lorenz 111
- Wesołowski, Włodzimierz 291
- Westergaard, Harald 71, 74–76, 470
- Westergaard, Harald Malcolm 74
- Weyrich, Karl-Heinz 130
- Whelan, Robert 297
- White, Jenny 403, 407
- Wichern, Johann Hinrich 111, 261, 498
- Wieslander, Hans 345
- Wijnen-Sponselee, Ria 257, 260
- Wildeboer Schut, Jean Marie 249
- Wilensky, Harold 1, 144, 151
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König
von Preußen 95
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König
von Preußen 103
- Willaime, Jean-Paul 163
- Willem I., König der Niederlande 251
- Willems, Ulrich 339
- Wittig, Andreas 318 f.
- Wojciechowski, Stanisław 283
- Woldring, Henk E.S. 264
- Yakobson, L.I. 330
- Yar, Hasan 250
- Yıldırım, Nuran 410
- Zacher, Hans F. 118 f., 123
- Zaninelli, Sergio 218
- Zapatero, Rodriguez 378, 393
- Zhivkov, Todor 27, 43
- Zimmermann, Alfred 449
- Zitt, Renate 108
- Zollnhofer, Reimut 1